

Streng geheim!  
Um Rückgabe wird gebeten!

- 1. Aa ✓
- 2. Hoff ✓
- 3. Ste ✓
- 4. Fischer ✓
- 5. AG ✓

19. AUG 1976

Berlin, den

4 Blatt

Exemplar

Nr. 554 / 76

INFORMATION

über

Militärpolitik und Streitkräfte Frankreichs

Zuverlässig wurden Angaben über Entwicklungen in der Militärpolitik und in den Streitkräften Frankreichs, die sich seit 1975 abzeichnen, bekannt.

Nach Auffassung militärischer Führungskreise Frankreichs war das Jahr 1975 geprägt von innenpolitischen Auseinandersetzungen über die gesellschaftspolitische Stellung der Streitkräfte im Staat, in deren Mittelpunkt vor allem Vorschläge für Reformen zur Verbesserung der inneren Situation der Streitkräfte standen. In diese Diskussionen waren Überlegungen zur militärstrategischen Konzeption und zu möglichen Veränderungen der Struktur der Streitkräfte eingeschlossen. Dabei führte die Frage nach der künftigen Form der Streitkräfte - ob Wehrpflicht - oder Berufsarmee - zu Kontroversen zwischen Regierungsmehrheit und Opposition.

Inzwischen haben sich Regierung und Opposition für die Beibehaltung der Wehrpflicht entschieden. Dennoch bleiben - auch aus finanziellen Gründen - nach wie vor Probleme der sog. Wehrgerechtigkeit sowie Fragen nach Inhalt und Form des Wehrdienstes ungelöst.

Die militärstrategische Konzeption Frankreichs, einschließlich der nuklearen Komponente, wurde auch 1975 von Staatspräsident Giscard d'Estaing bestätigt, jedoch mit der Entscheidung für eine stärkere Konzentration auf die Entwicklung der konventionellen Streitkräfte sowie der Orientierung auf wesentliche Projekte bei den Kernwaffenkräften.

Die Entscheidung für eine stärkere Konzentration auf die konventionellen Streitkräfte resultiert nach Einschätzung militärischer Führungskreise aus der Erkenntnis, daß die 1. Armee der

KOPIE BSU

**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT**

französischen Landstreitkräfte in ihrer jetzigen Struktur und Ausrüstung kaum fähig sei, die Nordostgrenze gegen einen konventionellen Angriff zu verteidigen, und daß die Mobilität der Interventionsstreitkräfte als mangelhaft betrachtet wird.

Diese Einschätzung führte zu Überlegungen für eine Reorganisation von Feldheer und Territorialer Verteidigung (Defense Operationelle du Territoire/DOT), mit deren Realisierung aus finanziellen Gründen nicht vor 1980 zu rechnen ist.

In diesem Zusammenhang wird auf die seit Mitte 1975 erweiterten Kompetenzen für den Chef des Generalstabs der Gesamtstreitkräfte in bezug auf die Rüstungsplanung der Teilstreitkräfte verwiesen, die eine wachsende Standardisierung und Rationalisierung für die Gesamtstreitkräfte ermöglichen. Die angestrebte Verstärkung der konventionellen Rüstung sei jedoch nur durch eine Erhöhung des Rüstungshaushalts zu erreichen. Dabei werden die Schwierigkeiten bei der Vorbereitung eines neuen Rüstungs-Fünfjahresplanes aufgezeigt, die dazu führten, daß der Rüstungshaushalt 1976 als Übergangshaushalt gilt.

Die rüstungsfinanziellen Schwierigkeiten seien ein Grund, weshalb Frankreich starkes Interesse an einer Standardisierung von Rüstungsmaterialien der westeuropäischen Staaten habe; aus innenpolitischen Gründen ist jedoch nach wie vor nicht an eine Mitgliedschaft in der Europa-Gruppe der NATO zu denken. Gleichzeitig intensiviere Frankreich den Rüstungsexport nicht nur zum Ausgleich der Außenhandelsbilanz, sondern auch als Mittel politischer Einflußnahme, insbesondere bei den Schwerpunkten seiner Außen- und Sicherheitspolitik.

Für die Weiterentwicklung der französischen Kernwaffenkräfte wurde 1975 folgende Orientierung festgelegt:

- Ausbau und Verstärkung der strategischen Waffensysteme der Seestreitkräfte.
- Weiterentwicklung der ballistischen Flugkörpergeneration und der MIRV-Gefechtsköpfe.
- Einstellung der weiteren Entwicklung der 3. Flugkörper-Silogruppe auf dem Plateau d'Albion und der Entwicklung eines Nachfolgesystems für die "Mirage IV".

In NATO-Führungskreisen wird ein Ersatz der "Mirage IV" durch taktische Flugkörper mit nuklearen Gefechtsköpfen in den 80er Jahren für möglich gehalten.

Die Lage in den französischen Streitkräften wird bestimmt von den zahlreichen seit 1974/75 wirksamen Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Situation. Dazu zählen im sozialen Bereich die höhere Besoldung für Wehrpflichtige, Unteroffiziere und Offiziere sowie die Schaffung

## MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

attraktiverer Laufbahnen für Unteroffiziere und Offiziere (Soldatenlaufbahnverordnung für Berufs- und Zeitsoldaten). Im Bereich der "Inneren Führung" wurde mit einer Neufassung der Disziplinarordnung und der Herausgabe neuer Bestimmungen für den Inneren Dienst von der militärischen Führung der beachtliche Versuch unternommen, den Dienst in den Streitkräften zu liberalisieren und an die gesellschaftspolitische Entwicklung in Frankreich anzupassen; die Disziplinarordnung enthält erstmals "Rechte" des Soldaten.

NATO-Führungskreise schätzen ein, daß diese Reformen vor allem in bezug auf die kollektive Interessenvertretung der Soldaten nicht dem entsprechen, was bereits in anderen Streitkräften (u. a. in der Bundeswehr) praktiziert wird und was die politische Opposition in Frankreich fordert. Eine Minderheit in der französischen Militärführung habe bisher erkannt, daß eine umfassende Reform zur Anpassung an neue Bedingungen von den Streitkräften selbst getragen werden muß. Die Reformen der Bundeswehr werden von diesen Führungskreisen als vorbildlich betrachtet, eine Kopie dieses Beispiels jedoch nicht unbedingt für erforderlich gehalten. In ähnlicher Weise gibt es in der französischen Militärführung unterschiedliche Auffassungen zu Veränderungen in der Bildung und Ausbildung des Offiziers- und Unteroffizierskorps; derartige Überlegungen treffen auf den Widerstand der Führungskreise, die den "traditionellen Ausbildungsgang" befürworten.

Aufmerksam verfolgten NATO-Führungskreise die Auseinandersetzung zwischen der französischen Regierung und der Opposition in der Frage der Interessenvertretung der Soldaten, d. h. der Bildung von Soldatengewerkschaften. Diese Auseinandersetzung habe im Herbst 1975 mit der Veröffentlichung der Soldatenlaufbahnverordnung einen Höhepunkt erreicht.

Die Bildung von Soldatenräten als Interessenvertretung der Wehrpflichtigen sei durch lokale oder regionale Gruppierungen der Sozialistischen Partei (SP) und der linksextremen Partei Socialiste Unifie (PSU/Vereinigte Sozialistische Partei) sowie durch die beiden Parteien nahestehende Gewerkschaft CFDT (Confederation Francais Democratique du Travail) gesteuert worden. Außerdem hätten "linksextreme Elemente" versucht, diese Soldatenräte auf eine subversive Tätigkeit zu orientieren. Demgegenüber habe sich die Kommunistische Partei (FKP) und die ihr nahestehende Gewerkschaft CGT sehr zurückhaltend über Möglichkeiten einer organisierten Interessenvertretung der Soldaten in den Streitkräften geäußert. Innerhalb der Linksunion habe jedoch die weitgehend verdeckte Arbeit der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaft CGT mit Basisgruppen in den Streitkräften das Mißtrauen der Sozialistischen Partei hervorgerufen, die an einer "kommunistischen Infiltration" der Streitkräfte - nach dem Beispiel Portugals - nicht interessiert ist.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Die überaus scharfe Reaktion durch Premierminister Chirac auf diese Aktivitäten der Parteien und Gewerkschaften habe eine von der Regierung nicht beabsichtigte Solidarisierung der politischen Gruppierungen der Linksunion hervorgerufen.

In NATO-Führungskreisen wird deshalb befürchtet, daß die von der französischen Regierung in der Frage der Interessenvertretung der Soldaten bewußt herbeigeführte Konfrontation mit der Sozialistischen Partei und den Gewerkschaften den eingeleiteten Prozeß der Konsolidierung der Streitkräfte stören könnte. Das sei vor allem dann möglich, wenn die Linksunion beabsichtigen sollte, die Auseinandersetzung mit der Regierung im Bereich der Streitkräfte zu führen. Eine solche Entwicklung würde eine nicht gewünschte Politisierung der Armee bewirken und die Realisierung ausgereifter Lösungen des Problems der Mitverantwortung und der Interessenvertretung behindern. Diese Einschätzung entspricht Auffassungen in Kreisen der militärischen Führung Frankreichs, die unter dem Druck der politischen Ereignisse überstürzte Entscheidungen zu den Problemen der Interessenvertretung der Soldaten befürchten. Die bisher eingeleiteten Reformen hätten seit der zweiten Jahreshälfte 1975 bereits zu einer spürbaren Beruhigung in der Truppe geführt, wenngleich ihre volle Wirksamkeit sich erst im Laufe der Zeit erweisen müsse.

Im Interesse der Sicherheit der Quelle darf diese Information nicht öffentlich ausgewertet werden.

KOPIE BSU